

16.51

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Ich werde versuchen, die Diskussion nun wieder zu versachlichen. Wir alle, die wir im BVT-Untersuchungsausschuss sitzen, sind uns nicht nur der Verantwortung bewusst, sondern verlassen uns selbstverständlich auf absolute Vertraulichkeit und Sicherheit. An dieser Stelle auch ein kleiner Appell: Mit Vertraulichkeit ist auch gemeint, dass keine vertraulichen Daten an Medien weitergegeben werden. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Wir stehen für die Sicherheit aller Beteiligten, der Mitglieder des Untersuchungsausschusses, der Mitarbeiter, der Auskunftspersonen und selbstverständlich auch aller Journalistinnen und Journalisten. Gerade im BVT-Untersuchungsausschuss, in dem wir unter anderem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes befragen, deren Persönlichkeit eines besonderen Schutzes bedarf, und auch Extremismusfragen erörtern, ist es für mich untragbar, dass jemand, der sich in neonazistischen Kreisen bewegt oder auch anderen extremistischen Hintergrund hat, für unsere Sicherheit verantwortlich ist.

Ich bin sehr froh, dass wir uns als BVT-Untersuchungsausschuss sehr rasch, sehr einhellig und auch sehr unaufgeregt auf eine weitere Vorgangsweise geeinigt haben, nämlich darauf, dass in Zukunft ausschließlich Mitarbeiter des Hauses oder des Innenministeriums, die zumindest bis zur Sicherheitsstufe vertraulich sicherheitspolizeilich überprüft sind, Dienst tun. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Abhörsicherheit gegeben ist – auch dessen haben wir uns selbstverständlich versichert.

Eines ist jedenfalls klar – das wurde heute schon erwähnt –: Der vorliegende Vertrag stammt aus dem Jahr 2008, er wurde unter der Nationalratspräsidentin Prammer abgeschlossen. Bisher wurden alle Untersuchungsausschüsse auf Basis dieses Vertragsinhaltes abgewickelt, und das war auch bei diesem Untersuchungsausschuss so.

Zusätzlich dazu besteht selbstverständlich die Möglichkeit, dass von der Parlamentsdirektion eine Sicherheitsüberprüfung nach dem SPG angefordert wird. Das wurde auch getan, und zwar am 26. April dieses Jahres durch die Parlamentsdirektion. Die Firma hat die Durchführung dieser Sicherheitsüberprüfung bestätigt. Warum diese nicht nach dem SPG erfolgt ist, entzieht sich noch unserer Kenntnis.

Fazit: Die ersten Konsequenzen wurden gezogen – ich bin sehr beruhigt darüber –, und es werden sicher weitere folgen. – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

16.53

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort ist Frau Abgeordnete Schatz gemeldet. – Bitte.